

nisationen fast 69.000 Unterschriften für eine Beibehaltung der Landeskasse gesammelt. Die Forderung: „Hände weg von den Rücklagen und Beiträgen der OÖGKK-Versicherten!“ Auch in Niederösterreich sammeln sich Gegner: „Regional geht besser“ ist der Tenor von NÖGKK und Ärztekammer. In einer regionalen Kasse vertrete die Selbstverwaltung die Interessen der Niederösterreicher und entscheide mit ihren Partnern – wie der Ärztekammer – im Sinne der Niederösterreicher.

”

Wenn man die Beitragseinhebung zur Finanz verlagert, dann ist das eine Verstaatlichung des Gesundheitswesens.

Ingrid Reischl
Obfrau WGKK

“

Länder fürchten Wahlthema

Die Kritik an der Zentralisierung wird auch von anderen geteilt, etwa den ÖVP-dominierten Kassen in Tirol und Vorarlberg. So warnte Manfred Brunner, Obmann der Vorarlberger Kasse, dass das Vorhaben zu einem „politischen KampftHEMA“ werden könnte. Wenn die Gelder zuerst nach Wien gehen und von dort aus wieder verteilt werden sollten, wäre das wohl nicht im Interesse der Vorarlberger Versicherten, meinte Brunner in den *Vorarlberger Nachrichten*.

Und wie sieht es mit den Plänen zur Vereinheitlichung der

Beitragseinhebung aus? Hier gibt es Widerstand aus den Ländern *und* von den regionalen Banken. Derzeit ist die Einhebung der Lohnabgaben auf mehrere Stellen verteilt. So sind die Finanzämter für die Lohnsteuer und einige Lohnabgaben zuständig. Die Sozialversicherungsbeiträge und andere Abgaben wie die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gehen an die Gebietskrankenkassen.

Jedes Jahr heben die Sozialversicherungen bis zu 60 Mrd. € ein. Vor allem die Gesundheitsausgaben und Rücklagen der Kassen liegen zum Teil bis zu drei Monate bei *regionalen* Banken, weil die Gelder nicht sofort, sondern nach der Abrechnung der Leistungserbringer ausbezahlt werden. Ein Drittel der Einnahmen der Krankenkassen geht etwa an die Landesgesundheitsfonds zur Spitalsfinanzierung. Überwiesen wird einmal im Quartal. Bis dahin bringt das Geld nicht nur Zinsen für die Versicherten, sondern sichert den Kassen vor allem ihre Kapitaldecke. Ohne Kassen gäbe es auch beim Stresstest für einige ein Problem, hört man.

Vorarlbergs Landeshauptmann Markus Wallner (ÖVP) berichtete in einer Aussendung, es sei mit dem Bund vereinbart, dass die Beitragseinhebung bei der Sozialversicherung bleiben soll. Wallner pocht dabei auch auf die im Regierungsprogramm zugesagte, gesetzlich fixierte Budgethoheit der Länder.

„Kassen sind effizienter“

Die Regierung will aber nicht nur die Einhebung zentralisieren, sondern den Krankenkassen auch die Prüftätigkeiten wegnehmen. Das rechtliche Problem dabei: Die Kassen prüfen auch *arbeitsrechtliche* Belange, wie die Einhaltung von Kollektivverträgen oder Arbeitszeiten.

Ein Wettbewerb zwischen Finanz und Kassen sei hier sinnvoll, sagt deshalb Ingrid Reischl, Obfrau der Wiener Gebietskrankenkasse. Ihren Angaben zufolge sind die Prüfer der Gebietskrankenkasse viel effizienter als die Prüfer der Finanz. In den vergangenen zehn Jahren haben die Prüfer aller Gebietskrankenkassen Nachträge in der Höhe von 2,3 Mrd. € eingebracht – bei der Finanz waren es im gleichen Zeitraum lediglich 1,5 Mrd. €.

Reischl, sieht in diesen Plänen eine „Verstaatlichung des Gesundheitswesens“. In mehreren Interviews warnte sie vor Zuständen wie in Großbritannien und äußerte die Befürchtung,

dass die *Zweckbindung* der eingehobenen Gelder künftig wegfallen könnte. Wenn den Kassen Beiträge vorenthalten würden, könnten Leistungskürzungen für die Patienten die Folge sein.

Auch Hartinger bremst

Nach der heftigen Kritik nicht nur aus den Kassen, sondern auch aus den Ländern ist das Sozialministerium vergangene Woche auf die Bremse gestiegen. Die gemeinsame Beitrags-einhebung stehe „derzeit nicht auf der Tagesordnung“, hieß es aus dem Büro von Ministerin Beate Hartinger-Klein (FPÖ). Für diese Diskussion sei es jetzt viel zu früh.



© dpa/Zentralbild/Z1 022 Patrick Pleul

Schlechte Noten für Österreich

Korruption und Wartezeiten

Österreich ist beim aktuellen Health Consumer Index auf Platz elf abgerutscht. Beim Health Consumer Index handelt es sich um einen jährlich erscheinenden Vergleich der Gesundheitsversorgung in europäischen Staaten durch die schwedische Organisation „Health Consumer Powerhouse“. Der jährliche Bericht erscheint seit 2005. Anhand von 49 Indikatoren in sechs Gruppen wird eine Rangliste der 35 inkludierten Länder erstellt. Österreichs Stärken: Rang vier bei Patientenrechten und Information; hier punktet man mit ELGA und der Telefonhotline TEWEB. Die Schwächen: Alkoholkonsum (vorletzter Platz), Rauchen (im letzten Fünftel) und Korruption (Platz 16) sowie lange Wartezeiten..